



HESSISCHER LANDTAG

25. 06. 2014

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

betreffend Bildungsstreik 2014 - Bildungsgerechtigkeit endlich realisieren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt die Forderungen des Bildungsstreikbündnisses 2014 ernst und begrüßt das Engagement der Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden, Studierenden und Lehrenden für ein gerechteres Bildungssystem.
2. Der Landtag stellt fest, dass mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit in der Bildung realisiert und finanzielle Hürden abgebaut werden müssen. Die soziale Herkunft darf nicht länger eine der größten Hürden beim Bildungsweg unserer Kinder sein.
3. Der Landtag unterstützt die Forderung von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern zur generellen Rückkehr zu G9. Die Einführung von G8 an den hessischen Schulen war ein Fehler, der, wie andere Bundesländer zeigen, auch weiterhin korrigiert werden kann.
4. Der Landtag stellt fest, dass das parallele Angebot von G8 und G9 die weitere Zersplitterung des Schulsystems fördert. Der Landtag spricht sich stattdessen für ein inklusives Schulsystem aus. Alle Kinder haben die gleiche Chance auf Bildung.
5. Der Landtag spricht sich für ein modernes BAföG mit Rechtsanspruch aus, das der Lebensrealität der Studierenden gerecht und das regelmäßig an die Lebenshaltungskosten angepasst wird.
6. Der Landtag spricht sich für die Stärkung der Hochschulen durch eine bessere Grundfinanzierung aus, für die Bund und Länder gemeinsam Verantwortung tragen. Dafür muss das Kooperationsverbot im Grundgesetz abgeschafft werden.
7. Der Landtag erwartet, dass alle Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an Bildungsstreiks möglich ist und dies niemandem verwehrt wird.

Wiesbaden, 25. Juni 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel